



Angenommene Entschließungsanträge auf dem 8. ordentlichen NPD-Landesparteitag der Brandenburger NPD

Antrag

Nein zur geplanten Kommunalgebietsreform!

Es liegen seitens der etablierten Parteien mehrere Pläne vor, in Brandenburg eine weitere Kommunalgebietsreform umzusetzen. So ist beispielsweise geplant, aus Kostengründen die Anzahl der brandenburgischen Landkreise von 14 auf 6 zu reduzieren und sowohl Cottbus, Brandenburg an der Havel als auch Frankfurt/Oder den Status einer kreisfreien Stadt zu entziehen. Ginge es nach der SPD, sollen brandenburgische Gemeinden künftig 12.000 Einwohner umfassen. Landkreise sollen mindestens 200.000 Einwohner haben.

Nach der Gemeindegebietsreform aus dem Jahr 2003, die die Gemeindegröße auf 5.000 Einwohner festlegte, unzählige Gemeindefusionen mit sich brachte und die Anfahrtswege zu wichtigen Ämtern für viele Bürger unzumutbar verlängerte, soll der Kahlschlag nun weitergehen.

Die NPD Brandenburg fordert:

- Schluß mit den Zwangsfusionen von Gemeinden und Landkreisen – an sozialer und kultureller Infrastruktur darf nicht gespart werden
- Erhalt der bestehenden Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte als Heimat der Menschen
- Gezielte Förderung des ländlichen Raums, um dessen weitere Ausdünnung und Verödung zu stoppen
- Wirksame und nachhaltige Familienförderungs politik, um die Ausblutung unserer Heimat aufzuhalten! Geld ist genug da – die milliardenschweren Rettungsschirme für EU-Pleitestaa ten und private Banken beweisen es

Antrag

Raus aus dem Euro! Rein in die Mark!

Die europäische Finanzkrise hat dazu geführt, daß Großbanken und ganze Volkswirtschaften vor dem Ruin stehen. Die Schulden der Staaten nehmen Ausmaße an, die die nächsten Generationen in eine ungewisse und womöglich katastrophale Zukunft führen werden. Immer neue Rettungspakete werden geschnürt, um Banken und Pleitestaaten kurzfristig vor dem endgültigen Bankrott zu bewahren. Die Zeche bezahlt wie immer der Steuerzahler. Diesem Treiben kann eine nationale Kraft wie die NPD nicht tatenlos zusehen.



Die NPD Brandenburg fordert:

- Kein deutsches Geld zur Rettung von privaten Banken und Pleitestaaten! Deutsches Geld für deutsche Aufgaben!
- Ausstieg Deutschlands aus der EU und Wiedererlangung der deutschen Währungshoheit!
- Wiedereinführung der D-Mark oder Einführung einer stabilen Gemeinschaftswährung mit Österreich

Antrag

Mittelstand fördern! Innenstädte wiederbeleben!

Vergleicht man den Zustand vieler brandenburgischer Kleinstädte zu Beginn der 90er Jahre mit dem heutigen Innenstadtleben, kommt man nicht umhin, die Verödung und zum Teil erhebliche wirtschaftliche Ausblutung ganzer Stadtzentren feststellen zu müssen. Wo früher Wirtshäuser, sympathische Tante-Emma-Läden und andere für das Kleinstadtleben wesentliche Einrichtungen waren, stehen heute entweder Ruinen oder die Konsumtempel der grassierenden Discounter-Ketten. Die Schaffung monotoner Innenstädte hat nicht nur oberflächlich so manches Kleinstadtidyll zerstört, sondern auch massiv zur Vernichtung von Arbeitsplätzen beigetragen.

Besonders die Masseninsolvenzen kleiner und mittlerer Unternehmen haben dazu geführt, daß gerade der ländliche Raum durch Massenarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse geprägt ist. Ganze Regionen sind von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt, mit absehbaren, verheerenden Konsequenzen für Familien sowie kleine und mittlere Unternehmen.

Die NPD Brandenburg fordert:

- Einführung von Mindest- und Kombilöhnen, um den deutschen Mittelstand vor Lohndrückerei zu schützen
- Stärkere Vernetzung von mittelständischen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen, um Synergieeffekte für die Heimatregion zu verwirklichen
- Aufgabe der Sparkassen und Landesbanken hat es wieder zu werden, als Kreditgeber und somit als Motor der kleinteiligen Wirtschaft unserer Heimat zu fungieren
- Bevorzugung heimischer Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
- Staatliche Förderung ausbildungsbereiter, kleiner und mittlerer Unternehmen



Antrag

Altersarmut stoppen!

Die Rente mit 67, gebrochene Erwerbsbiographien, die desolate Arbeitsmarktlage und Niedrigentlohnung führen dazu, daß immer mehr Menschen im Alter verarmen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind in Brandenburg nur 20 Prozent aller 60-64-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. 35 Prozent aller brandenburgischen Arbeitslosen sind älter als 50 Jahre. Für sie ist unter den gegebenen Umständen ein Wiedereinstieg in eine normale Beschäftigung kaum möglich. Diese Abkopplung ganzer Altersgruppen von der wirtschaftlichen Entwicklung kann von einer dem ganzen Volk verpflichteten politischen Kraft nicht hingenommen werden.

Die NPD Brandenburg fordert:

- Schaffung eines branchenübergreifenden, öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der insbesondere älteren Arbeitnehmern eine Perspektive bietet
- Wiedereinführung der Rente mit 65. Für körperlich anspruchsvollere Berufe sind Sonderregelungen zuzulassen.
- Ausschüttung einer monatlichen Mindestrente in angemessener Höhe für jeden deutschen Rentner, der Rentenansprüche erworben hat. Weiterhin fordern wir einen Ausgleich für Rentenausfälle durch Kindererziehung je Kind.
- Rückverstaatlichung privatisierter Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs und Berücksichtigung des Bedarfs alter Menschen
- Staatliche Förderung der Ansiedlung praktizierender Ärzte im ländlichen Raum